



HESSISCHER LANDTAG

05. 02. 2015

Plenum

Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Freiheitsrechte verteidigen, Ängsten begegnen, Verantwortung wahrnehmen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag bekräftigt, dass Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit unveräußerliche Grundrechte sind, die den besonderen Schutz des Grundgesetzes und der hessischen Verfassung genießen. Die Ausübung aller Freiheitsrechte geht stets mit Verantwortung einher. Der Landtag verurteilt es, wenn elementare Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger oder die Freiheit der Berichterstattung durch Einschüchterung oder Gewalt bedroht werden. Wer die Teilnehmer einer friedlichen Versammlung oder journalistische Beobachter bedroht oder körperlich attackiert und wer Polizisten, die eine friedliche Versammlung schützen, körperlich angreift, handelt gegen die Werteordnung unseres freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates.
2. Seit wenigen Wochen finden in Dresden und einigen anderen Städten regelmäßig Demonstrationen statt, die sich "gegen eine Islamisierung des Abendlandes" richten. Der Landtag ist sich seiner Aufgabe bewusst, einerseits Sorgen der Bevölkerung ernst zu nehmen und berechtigte Anliegen aufzugreifen und andererseits allen Versuchen, Hass und Gewalt in die Gesellschaft zu tragen, entschlossen zu begegnen. Die Freiheit, sich gegen etwas auszusprechen, entbindet gleichzeitig nicht von der Verantwortung, sich für etwas zu engagieren.
3. Jedem, der unsere freiheitliche Gesellschaft unter Berufung auf Religion oder Weltanschauung bekämpft, treten wir entschieden entgegen. Im Kampf gegen den Islamismus kann die große Mehrheit der Muslime, die rechtschaffen und friedliebend in Hessen leben, Verbündeter sein. Wir werden alle Anstrengungen unternehmen, dass Bürgerinnen und Bürger sich aktiv an der Demokratie beteiligen. Wir warnen vor falscher Toleranz gegenüber allen, die Ängste schüren, Fehlentwicklungen beschweigen oder verharmlosen oder andere ausgrenzen wollen.
4. Der Landtag nimmt zur Kenntnis, dass Teilnehmer der Demonstrationen auch Ängste und ein Gefühl des Unverstandenseins und Nichtgehörtwerdens ausdrücken wollen. Es wäre falsch, alle Teilnehmer der Demonstrationen als islamfeindlich oder rechtsextrem zu brandmarken. Genauso falsch wäre es, über islamfeindliche oder rechtsextremistische Äußerungen von Protagonisten dieser Demonstrationen hinwegzusehen.
5. Der Landtag würdigt die zahlreichen Kundgebungen für Toleranz, Vielfalt und Offenheit, die in den zurückliegenden Wochen in vielen deutschen Städten stattgefunden haben. Der Landtag verurteilt gleichzeitig jedwede Gewalt, die von Demonstrationsteilnehmern ausgeht. Der Landtag appelliert deshalb an alle Demonstranten, sich ihrer Verantwortung für das friedliche Miteinander und den Zusammenhalt in unserem Land bewusst zu sein. Hessen ist und bleibt ein weltoffenes, tolerantes Land, das wie kein zweites von seiner Internationalität und Vielfalt und damit von Respekt vor der Unterschiedlichkeit geprägt ist und in dem Rassismus und Menschenfeindlichkeit keinen Platz haben. Jeder Bestrebung, dies zu verändern, tritt der Landtag entschieden entgegen. Wir stehen für eine Gesellschaft ein, in der die Sicherheit der Menschen gewährleistet ist und in der Freiheit stärker ist als Angst.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 5. Februar 2015

Für die Fraktion
der CDU
Der Fraktionsvorsitzende:
Boddenberg

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Der Fraktionsvorsitzende:
Wagner (Taunus)